



Foto: APA / Barbara Gindl

Schutzmasken sind unübersehbare Zeichen der Krise. Im Hintergrund werden heftig Konflikte ausgetragen.

## Handel steuert auf Osterfrieden zu

Fahrräder, Computer, Waschmaschinen – in normalen Zeiten können Konsumenten dies auch beim Diskonter oder im Supermarkt erstehen. Ab Karsamstag werden solche Produkte vorübergehend verbannt.

Andreas Schnauder, Regina Bruckner

Der eine muss Corona-bedingt geschlossen halten, der andere verkauft neben Lebensmitteln auch Fahrräder, Batterien und Unterwäsche. Diese Situation hat in den letzten beiden Wochen zu massiven Reibereien unter den Händlern geführt. Blumenverkäufer gegen Spar, Sporthandel gegen Hofer, Spielzeugfachgeschäft gegen Billa und Schreibwarenhandlung gegen Lidl, könnte man sagen.

Die großen Supermärkte sind wegen ihres Sortiments zusehends unter Druck geraten, was zuletzt zu bemerkenswerten Fronten geführt hatte. Peter Buchmüller, der Obmann der Sparte Handel in der Wirtschaftskammer, zog offen in den Krieg gegen einige der großen Lebensmittelkonzerne. Konkret ins Visier nahm er seine Mitglieder Spar, Hofer und Lidl, die eine Selbstbeschränkung

nicht mittragen würden. Er forderte eine gesetzliche Regelung, damit die Benachteiligung der geschlossenen Geschäfte ein Ende habe. Sollte es keine Fortschritte in den Gesprächen des Sektors geben, erwartet Buchmüller eine Anzeigenflut gegen die großen Lebensmittelketten und damit die eigenen Mitglieder in der Sparte.

Es geht um viel Geld: Dem Handel entgeht wegen der verhängten Sperre nach eigenen Angaben eine halbe Milliarde Euro Umsatz pro Woche.

### Fairplay ab Karsamstag

Der Appell, der von Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer unterstützt wurde, hat nun Früchte getragen. Die fünf Großen – Spar, Rewe, Hofer, Lidl und Metro – haben sich am Freitag doch noch auf eine Selbstbeschränkung geeinigt, die ab Kar-

samstag in Kraft treten – und für das von manchen lauter, von anderen leiser eingeforderte „Fairplay“ sorgen soll. Auf der Streichliste stehen u. a. Fernseher, Computer, große Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Fahrräder, Möbel, Heimwerker-Großgeräte, Gartenmöbel, Sport- und andere Bekleidung, Pool- und Autozubehör, Malerbedarf und Fitness-Großgeräte.

Noch wenige Stunden davor hatte Handelsriese Spar kundgetan, dass er die Diskussion für wahrlich verfehlt, ja sogar gefährlich halte. Man arbeite unter massiv erschwerten Bedingungen, halte unter Aufbietung aller Kräfte und hohen Eigeninvestitionen die Nahversorgung aufrecht.

Dürfe der Lebensmittelhandel das bei ihm übliche Non-Food-Sortiment nicht mehr verkaufen, hätte das massive negative Folgen,

lauteten die Argumente der Gegner von Produktbeschränkungen. So würden beispielsweise noch viele weitere heimische Arbeitsplätze verloren gehen, vor allem bei heimischen Lieferanten.

Wobei die Interessen durchaus unterschiedlich gelagert sind. Während die einen die zu erwartenden Diskussionen mit den Konsumenten scheuen, hatten andere wenig Freude, mit der Aussicht auf zusätzlichen Aufwand für das Personal, das etwa optische Absperrungen anbringen müsste, wie befürchtet worden ist. Wie man das nun genau umsetzen wird, ist noch offen.

Am Freitag sprachen die Händler von einem „Solidaritätsakt“. Man wolle keinesfalls die Notlage von vielen Non-Food-Geschäften ausnutzen, so Rewe, Spar, Hofer, Lidl und Metro in einem gemeinsamen Statement. Mit der paktier-

ten Lösung könne man jedenfalls leben, sagt Spar-Sprecherin Nicole Berkmann. Auch Peter Buchmüller zeigt sich soweit zufrieden. „Es ist ein tragbarer Kompromiss herausgekommen.“

Auch wenn er sich gewünscht hätte, dass man schon zwei Tage früher mit der Umsetzung beginne. Auch einige andere Forderungen, die von unterschiedlicher Seite kamen, wurden nicht durchgesetzt: etwa, dass Blumenerde und anderer Bedarf für Heimgärtner oder auch Spielwaren nicht in den Supermärkten verkauft werden.

Ein weiteres Thema ist ebenfalls noch nicht gelöst. So mancher Händler würde gerne seinen Kunden die auf verschiedenen Kanälen erworbene Ware einfach zur Abholung bereitstellen. Derzeit ist das nicht zulässig. Buchmüller erhofft sich in dieser Frage noch vor Ostern eine Lösung.

## Brandbeschleuniger für Modehändler

Experten erwarten für die Modebranche heftige Umwälzungen, die vor allem Einzelkämpfer bedrohen

Regina Bruckner

Ernst Mayr beschäftigt sich derzeit in erster Linie mit den begehrten Schutzmasken, konferiert mit China, holt Angebote in Polen und in Österreich ein. Zwischen fünfzig Cent und fünf Euro schwankt der Preis. Nicht, dass der Miteigentümer der Fussl Modestraße mit Sitz in Ort im Innkreis sie jetzt brauchen könnte. Seine Helden, wie er seine Beschäftigten nennt, sind in Kurzarbeit. Aber Mayr will vorbereitet sein. Deswegen probiert er selbst gerade aus, wie sich so eine Maske beim Tragen anfühlt und was er seinen Mitarbeitern im Mai zumuten kann. Dann, so hofft er zumindest, kann er seine 150 Filialen wieder aufsperrern.

Wenn Mayr mit Zahlen hantiert, stellt er vielfach ein Fragezeichen in den Raum. Wie wird das Jahr ausgehen? Mit Verlusten, aber man werde die Krise überleben. Wer, wenn nicht ein kerngesundes Unternehmen wie Fussl so Mayr. Im vergangenen Jahr habe man das beste der Geschichte er-

zielt, mit 143 Millionen Euro Umsatz. Ein paar Rechnungen hat Mayr auch für heuer schon angestellt: 400.000 Euro werden die Masken kosten. Bis zum 18. März hat Fussl die verordnete Geschäftsschließung 40 Millionen Euro Umsatz gekostet und 20 Millionen Rendite. Denn den Großteil des Geschäfts mache man in normalen Zeiten rund um den Frühlingsbeginn. Die Eigenkapitalquote werde wohl heuer kräftig schmelzen – auf 20 Prozent. Da haben andere größere Probleme.

### Flächenbrand

Der Modebranche ging es schon vor der Krise teilweise nicht allzu gut. Die Kunden wanderten ins Internet ab – und da vor allem zu großen internationalen Playern wie Zalando. Die Konzentration im Modehandel nahm zu, die Branche mit 38.000 Beschäftigten wird von internationalen Ketten wie H&M, Zara und Co dominiert. Man verabschiedete sich leise aus den stationären Flächen. Die deutsche Kette C&A sperrte zuletzt hierzulande 30 Filialen zu. Die Co-

rona-Krise wird als Brandbeschleuniger wirken, so der Badener Standortberater Hannes Lindner. Was vorher schon wirtschaftlich taumelte, fällt dem zu erwartenden ökonomischen Flächenbrand zum Opfer, lautet seine nüchterne Einschätzung. Jahr für Jahr verringerte sich der Flächenanteil der Mode im Angebot der heimischen Cities, von rund 35 Prozent 2013 auf zuletzt unter 30 Prozent. Lindner geht davon aus, dass Veränderungen nun in einer Geschwindigkeit kommen, „die wir 2019 und davor für nicht möglich gehalten hätten.“

Auch wenn Umsatzrentabilität und Eigenkapitalquote bei den Betrieben insgesamt gestiegen sind: Für die vielen Einzelkämpfer – fast 90 Prozent der Branche – könnte „Corona zur Legitimation einer ohnedies absehbaren Schließung werden, nur eben früher“, so Lindner: Zu müde habe so manchen Akteur die Geschäftstätigkeit der letzten Jahre gemacht. Jutta Pempel, Modehandels-Obfrau der Wirtschaftskammer, hofft dennoch, dass viele der rund 3500 Be-

triebe, die meisten mit weniger als zehn Beschäftigten, überleben. Derzeit werde österreichweit um Mietstundungen, oder Reduktionen verhandelt, Kurzarbeit hätten die meisten angemeldet. Dazu komme: „Die Ware wird zwar nicht so schlecht wie eine Banane, ab sie wird auch schlecht.“ Die Frühjahrsware sei bezahlt. Könne man sie nicht bald verkaufen, könne der kalkulierte Preis nicht erzielt werden.

Ein Problem, das Große und kleine eint. Auch die internationalen Ketten schicken ihre Mitarbeiter auf Kurzarbeit. „Anfällig“ seien auch sie, so Lindner. Durch teilweise aufblähte Filialnetze mit hohen Standort- und Personalkosten, die Eigentümern und Finanziers (Banken) den Angstschweiß auf die Stirn treiben würden. Das beabsichtigte Aussetzen von Mietzahlungen in Deutschland und die Drohgebärden hierzulande, bei Einforderung des Ausgleichs von Umsatzverlusten, seien als eindeutige Indizien zu werten, dass so manchem Betrieb das Wasser bis zum Hals stehe.

## KURZ GEMELDET

### Weder Rauswürfe noch Kurzarbeit bei Laudamotion

Wien – Laudamotion kann nicht wie geplant mehr als 550 Leute kündigen. Das Arbeitsmarktservice (AMS) Schwechat hat den Antrag der Billigfluglinie zur Anmeldung im Frühwarnsystem zurückgewiesen, weil der Betriebsrat nicht eingebunden war. Nach Ansicht der Ryanair-Tochter ist der nicht existent. Für eine Entscheidung über den Kurzarbeitsantrag fürs fliegende Personal wiederum, den nun auch die Gewerkschaft Vida unterschrieben hat, fehlen dem AMS konkrete Angaben zur Arbeitszeit. (gra)

### Berlin und Paris für Hilfen ohne Eurobonds

Brüssel – Im Ringen um Hilfe für Euroländer haben sich Deutschland und Frankreich auf ein Dreisäulenmodell verständigt, das aber keine Eurobonds enthält. Demnach wollen Berlin und Paris, dass Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie der Europäischen Investitionsbank (EIB) genutzt werden. Zusätzlich gebe es Mittel der EU für die Arbeitslosenversicherung der Mitgliedsstaaten. (dpa)